

EUROPA MUSS VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Heuer jährt sich die Unterzeichnung der Genfer Flüchtlingskonvention zum 70. Mal. 1951 war den meisten Politiker*innen klar, dass nie mehr Menschen, die Schutz vor Verfolgung brauchen, vor verschlossenen Grenzbalken stehen sollen, nie mehr schutzlos ihren Mörder*innen ausgeliefert werden dürfen, nie mehr um den halben Globus irren dürfen, um vielleicht Schutz gewährt zu bekommen. Millionen haben seither internationalen Schutz – Asyl – bekommen, leben in Sicherheit und sind den Bürger*innen der schutzgewährenden Staaten weitestgehend gleichgestellt. Der Internationale Flüchtlingstag (20. Juni) könnte also ein Tag des Feierns sein. Leider ist er das nicht.

Heute hat sich in EUropa eine neue Politiker*innengeneration breitgemacht. Gewissenlose Populist*innen, die Ängste schüren und geflüchtete Menschen dämonisieren. Nicht nur, dass diese Politiker*innen die unbedingte Notwendigkeit eines Instruments zum Flüchtlingsschutz in Frage stellen, sie setzen sich in der Praxis längst über ihre vertraglichen Verpflichtungen hinweg, verweigern Schutzsuchenden die Aufnahme, lassen Menschen im Mittelmeer ertrinken und schieben sie in Staaten ab, in denen ihnen Gefahr, Folter und Tod drohen. Gleichzeitig tun diese EUropäischen Politiker*innen nichts, um die Ursachen für die globalen, grenzüberschreitenden Fluchtbewegungen, von denen – wie das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge dokumentiert – heute mehr als 20 Millionen Menschen betroffen sind, zu bekämpfen. Weiter werden Konflikte angeheizt, die Waffenproduktion gesteigert und Kriegsschauplätze im globalen Süden (aber auch zuletzt im Kaukasus) als Versuchslabor für die Rüstungsindustrie verwendet.

Gerade in den letzten Wochen haben – so zu sagen als vergiftetes Geschenk zum 70. Geburtstag der GFK – zwei Staaten schier unglaubliche Maßnahmen angekündigt. Griechenland den Einsatz von Schallkanonen gegen Geflüchtete an der griechisch-türkischen Grenze, eine Handlung die, wenn sie tatsächlich stattfinden sollte, ganz klar gegen die Antifolterkonvention verstößt. Und Dänemark ein Gesetz, das es ermöglichen würde Geflüchtete während ihrer Asylverfahren in Lager in Staaten außerhalb der EU zu internieren.

Die Europäische Union als Ganzes plant mit dem zurzeit diskutierten Asylpaket die Legalisierung der menschenverachtenden Praxis an den EU-Außengrenzen: Zurückweisungen, Lager und kon-zertierte Abschiebungen sollen in Zukunft die gemeinsame EUropäische Asylpolitik bestimmen.

Wir fordern die Rückkehr auf den Boden der internationalen Flüchtlings- und Menschenrechte:

- Bewegungsfreiheit und faire Asylverfahren für Geflüchtete innerhalb der Europäischen Union,
- Verbot von Zurückweisungen in Drittländer und Abschiebungen in Krisenregionen,
- Substantielle Ausweitung von Resettlement- und Relocation-Programmen,
- Untersuchung der Übergriffe an den EU-Außengrenzen und Sanktionen für die Verantwortlichen,
- Bekämpfung von Fluchtursachen: Stopp der EUropäischen Rüstungsexporte und Reparationszahlungen an die Opfer von Kolonialismus und Sklavenhandel.

Herbert Langthaler (Rede anlässlich des Internationalen Flüchtlingstages 2021)